

Freiheitsglocke

Gemeinschaft ehemaliger politischer Häftlinge - VOS e.V. (Berlin)

Berlin, April 2008

58. Jahrgang, Nr. 666

VOS mit neuem Vorsitzenden: Johannes Rink mit großer Mehrheit gewählt *Als Verfechter einer freien Meinung und mit Geradlinigkeit auf indirektem Weg in den Knast*

Am 12. April fand in Berlin die Wahl eines neuen Vorsitzenden des Bundesvorstandes der VOS statt. Mit Johannes Rink übernahm ein ehemaliger politischer Häftling der DDR dieses Amt, der für viele Mitglieder so etwas wie ein Wunschkandidat war, denn Kamerad Rink hat sowohl in der VOS wie auch im BSV ein führendes Amt inne. Er vertritt damit die Interessen der gesamten Opfer. Ebenso hat er seit der Wende Erfahrung in politischen Gremien gesammelt.

Mit seinem Amtsantritt wird auch die „Doppelspitze“ in der Bundes-VOS abgelöst. Die stellvertretenden Bundesvorsitzenden, Alex Latotzky und Hugo Diedrich, die sich dieses Aufgabengebiet seit dem Rücktritt von Kamerad Bernd Stichler teilten und denen unser Dank für ihre bisherigen Bemühungen gilt, können sich nun wieder anderen Aufgaben widmen.

Johannes Rink hat mehrere Jahre in der DDR in der Haft verbracht. Lesen Sie das nachfolgende Kurzporträt zur Person des neuen Bundesvorsitzenden, das Wolfgang Stiehl, langjähriger Weggefährte Rinks, zu Papier brachte.

Johannes Rink, Jahrgang 1941, kam auf dem Umweg über eine Bäckerlehre, weil eine Direktbewerbung nicht zulässig war, zur DDR-Hochseefischerei. Er besuchte in Ausübung dieses Berufs auch zahlreiche „Nichtsozialistische“ Länder und brachte von daher natürlich neben Lebenserfahrung, die er unerschrocken öffentlich kundtat auch Zeitschriften mit in die DDR zurück. Genau an seinem 20. Geburtstag, dem 13. August 1961, wurde in Berlin die Mauer errichtet. Bei einer Tag's darauf stattfindenden „Rotlichtbestrahlung“ über den Bau des „Antifaschistischen Schutzwalls“ konnte Rink seine Sicht der Dinge nicht unterdrücken und fuhr der Propagandistin mit seiner Meinung empört in die Parade. Danach lief die Mannschaft seines Schiffes auf Fangreise aus. Wenn Rink erahnt hätte, was ihn nach der Rückkehr erwartete, wäre er in Norwegen von Bord gesprungen. So aber war er sich keines Unrechts bewusst, hatte er doch nur von seinem Recht der Meinungsfreiheit Gebrauch ge-

macht. Der üblichen Begründung zur Sachklärung einmal mitzukommen, folgte Rink noch immer im besten Glauben an nichts Schlimmes. Vier Jahre Zuchthaus und Berufsverbot brachte ihm die „antisozialistische Hetze“ ein.



Nach Magdeburg entlassen, zum Dreher umgeschult, war er bis zum Sozialismuskonkurs, stets widersprechend, im Schwermaschinenbaukombinat Ernst Thälmann und im Kranbau Barleben bei Magdeburg tätig. Nach 1990 brachte Johannes Rink sich in der CDU ein und ist seit 1994 gewählter Stadtrat in Magdeburg. Daneben wurde Johannes Rink im BSV Kreis- und Landesverband aktiv tätig. Um die gute Zusammenarbeit von VOS und BSV in Sachsen-Anhalt auch nach außen zu dokumentieren, trat Rink im Jahr 2000 auch in die VOS ein und wurde in beiden Verbänden zum Landesvorsitzenden gewählt. Aus dieser Funktion heraus folgten zusätzliche Aktivitäten auf BSV und VOS Bundesebene.

Wolfgang Stiehl

„Wenn über das Grundsätzliche keine Einigkeit besteht, ist es sinnlos, miteinander Pläne zu machen“ – dieses Wort des chinesischen Philosophen Konfuzius bedarf sicher keiner weiteren Erklärung, und jeder in der VOS wird sich denken können, dass ich das Zitat an den Anfang dieses Beitrags gestellt habe, weil es sich eindeutig und unmissverständlich auf den nunmehr gescheiterten Zusammenschluss von BSV und VOS beziehen lässt (Bericht Seite 4). Allerdings ist es so, dass wir (in der VOS) in Sachen gemeinsamer Opferverband bislang von den in beiden Verbänden gefassten Beschlüssen ausgegangen sind und somit bisher auch an die Einigkeit im Grundsätzlichen geglaubt haben. Diese Einigkeit wurde bereits vor mehreren Jahren in getrennten Generalversammlungen mit großer Mehrheit in BSV und VOS per Abstimmung manifestiert. Mit einem klaren Ja und der Aussage: Wir wollen einen großen gemeinsamen Verband, der uns (auch formal) eint und die Interessen aller politischen Häftlinge und Verfolgten des kommunistischen Regimes vertreten kann.

Am 12. April sollte in nochmaliger Abstimmung in Berlin dieser Zusammenschluss endgültig herbeigeführt werden. Dieses Vorhaben, eigentlich ein formeller Akt, scheiterte, wiewohl die numerische Überzahl im BSV am Zusammenschluss durchaus weiter interessiert sein dürfte und noch vor Ort von BSV-Mitgliedern bedauert wurde, dass man nun weiter getrennt agieren soll.

Nichtsdestotrotz wird sich die VOS auch künftig bemühen, die Einheit der beiden großen Opferverbände herzustellen. Allein das Mitwirken von BSV-Mitglied und Rechtsanwalt Günter Rudolph, der seit Jahren beratend an den einzelnen Schritten im Einigungsprozess teilnimmt, gibt uns Mut und Zuversicht. Und mit der Neuwahl von Johannes Rink (Bericht auf der Titelseite), dem auf diesem Wege unser aller Glückwunsch zur Wahl und unser Dank für seine Bereitschaft, nunmehr die VOS zu führen, gilt und den wir in der Tat als Hoffnungsträger ansehen, sind die Vorbedingungen günstiger denn je.

Die VOS wird sich weiterhin für einen Zusammenschluss der Verbände stark machen. Ungeachtet dessen halte ich es für unabdingbar, dass dies jedoch ein Ergebnis ehrlicher

und breiter Zustimmung bleibt. Ich verweise dabei abermals auf das Zitat von Konfuzius und gehe davon aus, dass im Grundsätzlichen zwischen den vielen Mitgliedern der Verbände BSV und VOS Einigkeit besteht und dies in vermutlich nicht mal fernliegender Zeit zur Bildung eines großen Verbandes führen wird.

Wie nötig ein gemeinsamer Verband ist, zeigt die Veröffentlichung eines Beitrags im Online-Magazin einer renommierten deutschen Wo-

Auf ein Wort des Redakteurs

chenzeitung. Hier wird in übler, unzulässiger, oberflächlicher Polemik gegen unseren Schicksalsgefährten Gustav Rust, aber auch gegen die VOS hergezogen. Zu dem Text heißt es „Der Mann, der Berlin blamiert“, womit, wie erwähnt, auf Gustav Rust abgezielt wird. Es geht dabei nicht nur um Rusts nonkonformen und sogar von Haftstrafen durch die bundesdeutsche Justiz gezeichneten Lebensweg und um die Polit-Phrasen, mit denen er gelegentlich seine Umwelt verwirrt, sondern Gustav Rust wird auch äußerlich als eher unansehnlich und mit unpassenden Gegenständen ausgerüstet beschrieben. Mit Flugblättern mache er sich über Angela Merkel („FDJ-Sekretärin“) lustig, und er warne vor der „PDS-Mörderbande“. – Als ob das nicht täglich zahlreiche andere (nicht selten sogar prominente) Leute ebenso täten. Aber es ist nun mal Gustav Rust, den man aufs Korn genommen hat, ein psychisch Kranker, der seiner verbalen und körperlichen Entgleisungen höchstens mit Medikamenten Herr werden kann und der sich keinerlei Bemühungen antut, seine Äußerungen auch nur mit dem Hauch von Diplomatie und Vorsicht zu umgeben.

Rust hat in der DDR zehn Jahre in Zuchthäusern verbracht. Da sollten doch auch jene Zeitgenossen, die keine annähernde Vorstellung davon haben, was das bedeutet, begreifen, dass man jemanden mit einer solchen Vergangenheit nicht mit „normalen“ Maßstäben messen kann und dass man sich als Autor und Herausgeber eher selbst (!) blamiert, wenn man sein künstlich aufwehendes Schreiblüftchen an einem solchen, bei aller äußerlichen Auffälligkeit dennoch

unbedeutenden Mauerdemonstranten erproben möchte. (Nach wie vor stehen übrigens die Tore der ehemaligen U-Haft-Anstalten des MfS offen. Sie sind Gedenkstätten, damit die einen, die das SED-Unrechtsregime miterlebt haben, nicht vergessen, was war, und die anderen, die nun nachwachsen, zumindest die Chance bekommen, sich über die Bedingungen zu informieren.)

Aber nicht nur um Gustav Rust geht es in dem Beitrag, sondern auch um die VOS. Der frühere Bundesvorsitzende Bernd Stichler wird als „unappetitlicher Rechtsausleger“ bezeichnet, der über Juden und Muslime als „Besatzungsmächte“ spreche und daher habe zurücktreten müssen. – Eine eindeutig unzulässige Behauptung, denn die Beweisführung in dieser Sache ist bekanntlich gescheitert, ein Tonband, das gegen Stichler als Beweis herhalten sollte, wurde als solcher nicht anerkannt, und Bernd Stichler ist nicht wegen besagter Äußerungen zurück- und aus der VOS ausgetreten, sondern er wollte die VOS vor Schaden bewahren und ihr die ohnehin nicht üppigen Förderungen nicht verbauen.

Dem Stellvertreter des Bundesvorsitzenden, Hugo Diederich, wird gar vorgeworfen, dass er der Zeitschrift „Junge Freiheit“ ein Interview gegeben habe. Allein dieser (durch kein Argument untermauerte) Vorhalt reicht also aus, um jemanden – nach Belieben – in die schmutzige rechte Ecke zu stellen. Erinnert das nicht unwillkürlich an jene Zeiten, da wir vor 50, 40 oder 20 Jahren auf den harten Holzstühlen unseren Vernehmern gegenüber saßen?

Im Angesicht solcher Behauptungen stellt sich die Frage, von wem der Autor des Online-Beitrages derartige (und zwar detaillierte und somit im unmittelbaren Umfeld der VOS oder direkt im Verband aufgeschnappte) Angaben her hat und warum das renommierte Blatt, in dessen Magazin er seine schwerlich haltbaren „Erkenntnisse“ veröffentlichen durfte, keine Faktenprüfung vornimmt und derartige, in der Tat persönlichkeitsverletzende Beschreibungen zulässt. Müsste da nicht eine äquivalente Verteufelung von Vertretern kommunistischer Plattformen und anderer Gremien einhergehen? Denn dass Berlin von Personen ganz anderen Formats blamiert und betrogen wird, kann man in allen Medien erfahren.

Bis zur nächsten Ausgabe

Ihr Alexander Richter

In dieser Ausgabe:

Titelseite:

Ein neuer Bundesvorsitzender für die VOS wurde gewählt

Redaktionsthema:

Der Zusammenschluss von BSV und VOS ist gescheitert – und nun?

Gustav Rust – trotz Verunglimpfung bleibt er für viele VOSler ein Kamerad

DAS THEMA, DAS UNS ANGEHT!

Das längst Beschlossene wurde nun doch nicht beschlossen

Ein Landesverband des BSV verhindert mit seinen (Gegen)Stimmen den großen Gesamtverband

Das letzte Wort ist dennoch nicht gesprochen

Quälend und unwahr und für ehemalige politische Häftlinge nicht auszuhalten

Dr. Jörg Bernhard Bilke rezensiert den ARD-Spielfilm „12 heißt: Ich liebe dich“, der am 17. April ausgestrahlt wurde

Kampf-Marschlieder können die VOSler keineswegs abschrecken

In Hessen erweisen sich Landes- und Bezirksgruppe der VOS als mindestens ebenbürtige Diskussionspartner der Jusos

Mitgliedszuwachs nur bei den Linken

Es sieht für die großen Parteien in Deutschland nicht gut aus

Opferrente setzt sich langsam durch

Trotzdem gibt es noch viele unbearbeitete Anträge

Rentenberatung im DDR-Stil?

Ex-Genossen durften öffentliche Bibliotheksräume in Berlin nutzen und ignorieren Protest

DIE GESCHICHTSSEITE IN DER FG

- **Die Farce: Abstimmung über eine vorgegebene Verfassung vor 40 Jahren**

- **Ein Häuflein und nicht mehr: Vor 50 Jahren gab es den ersten Ostermarsch**

Der Name soll ungenannt bleiben

Über die Ausstellung des Edmund Käbisch und ihre Hindernisse

Die „guten“ und die schlechten Täter und die Ausstellung im „Roten Ochsen“

Welche Namen dürfen oder müssen vor der Öffentlichkeit geschwärzt bleiben?

Die Kommunisten

Das Manifest von Karl Marx

Ein Gedicht von Erich Schmidt

Neue Rufnummern Bundesgeschäftsstelle

RUBRIKEN

- Terminankündigungen

- Spender, Verstorbene

- Bundesverdienstkreuz, Gedenkstätten

- Protestaktion China, Impressum

Geschichtsverzerrende Lovestory

VOS kritisiert ARD-Film „12 heißt: Ich liebe Dich“ „MDR verharmlost Stasi-Repressalien“

Als Verzerrung der Geschichte hat die Vereinigung der Opfer des Stalinismus (VOS) den am Mittwoch in der ARD ausgestrahlten Film „12 heißt: Ich liebe Dich“ bezeichnet. Mit dem vom Mitteldeutschen Rundfunk (MDR) produzierten Film werde der Eindruck vermittelt, dass das zentrale Erlebnis des politischen DDR-Häftlings typischerweise Zuneigung oder gar Liebe zu seinem Vernehmer gewesen sei. Genau das Gegenteil sei jedoch der Fall gewesen.

Hugo Diederich, stellvertretender Bundesvorsitzender der VOS erklärt:

„Der MDR verharmlost damit die DDR-Diktatur und die Repressalien, denen politische Häftlinge dort ausgesetzt waren. Unterdrückung war deren Alltag. Es entspricht keineswegs dem Programmauftrag des öffentlich-rechtlichen Senders, eine Lovestory derart voyeuristisch und geschichtsverzerrend zu vermarkten und damit die Gefühle der Opfer von SED und Stasi mit Füßen zu treten.“

Die VOS, die Mitglied im MDR-Rundfunkrat ist, wird das Thema im Aufsichtsgremium des Senders zur Sprache bringen und den Intendanten zur Stellungnahme auffordern. Dies sei vor allem deshalb nötig, nachdem öffentlich Stimmen laut wurden, wonach es für die angeblich authentische Liebesgeschichte gar keine Belege gebe. Vielmehr spräche einiges dafür, dass sie nachträglich erfunden worden sei.

Weiterhin viele Kameradinnen und Kameraden, die für die VOS spendeten

Margarete Voigt, Werner Friedrich, Gustav Käthner, Zimmermann und Jachmann, Renate und Peter Storch, Rosemarie und Horst Badock, Günther Kleinschmidt, Kurt Lembcke, Gerhard Weinholz, Manfred Schulz, Lothar Platz, Ehrenfried Schumski, Irene und Karl-Heinz Culemann, Günter Strauch, Ingrid Schmidt, Gisela und Hubert Gärtig, Rudi Tietz, Josef Ferner, Jürgen Fuhrmann, Klaus Ballaschke, Renate Uschkoreit, Dr. Siegfried Metz, Erik Hofmann, Ingrid Faber, Norbert Czenczek, Petra Witkiewicz, Gerhard Steindorf, Helmut Günther, Irmgard Oschmann, Fredi Wietzoreck, Roland Frischauf, Edith und Alfons Grahlmann, Jürgen Laue, Helmut-Rolf Horn, Marianne und Wolfgang Elsner, Regina Schneegaß, Ingrid und Helmut Voetter, Rudolf Seiler, Werner Jahn.

Vorstand und Redakteur danken allen Aufgeführten

Kalender und Karte mit weiteren Gedenktagen und Gedenkortern auffüllen

Brief an Sachsen-Anhalts Innenminister Hövelmann

Die Verbände der Opfer der kommunistischen Gewaltherrschaft sind erfreut, dass bei der Aufführung der Gedenkorte auch die Orte des Gedenkens an die Verbrechen der Real-Sozialistischen Diktatur erfasst sind. Wir möchten zur angekündigten Diskussion schon einmal beitragen indem wir darauf hinweisen, dass bei den Gedenktagen sicher noch einige Lücken zu füllen sind. Diese könnten sein: Volksaufstand 17. Juni, Mauerbau 13. August, Mauerfall 18. November.

W. Stiehl im Auftrag von BSV und VOS Sachsen-Anhalt

Ver(UN)einigungsversammlung(en)

BSV und VOS Bundesvorstand hatten die Delegierten beider Vereine zu nacheinander stattfindenden Versammlungen eingeladen um getrennt, aber möglicherweise dennoch inhaltlich gemeinsam, die Verschmelzung der beiden großen Opferverbände zu beschließen.

Über das positive Votum der VOS-Delegierten und die niederschmetternde fraktionsgesteuerte Ablehnung/Zustimmung der BSV-Delegierten berichten *Johannes Rink und Wolfgang Stiehl*

In monatelanger Fleißarbeit hatten Mandatsträger beider Vereine und insbesondere der Jurist des BSV, Günter Rudolph und Bundesvorstandsmitglied Hugo Diederich die rechtlichen Möglichkeiten einer Vereinigung durchgearbeitet und letztendlich die rechtlich zulässige Verschmelzung beider Vereine favorisiert und vertrags- sowie satzungsentwurfseitig vorbereitet. Der Auftrag zur Herbeiführung eines Zusammenschlusses beider Vereine wurde durch die Delegierten in den jeweiligen Delegierten- bzw. Generalversammlungen an die gewählten Bundesvorstände im Jahr 2004 und wiederholt im Jahr 2006 erteilt. Schon 2006 zeichnete sich am Schluss der Legislaturperiode 2004 bis 2006 ab, dass der BSV-Bundesvorstand nicht gewillt war, den Auftrag des Souveräns (der Delegierten der Mitglieder der BSV Landesverbände), an seinen Bundesvorstand, zu realisieren. Hier nun der Versammlungsablauf in Stichpunkten:

Nach Begrüßung der Versammlungsteilnehmer durch Hugo Diederich mit Erläuterung des Versammlungsziels, Vorstellung des anwesenden Notars, Totengedenken und Feststellung der satzungsgemäßen Beschlussfähigkeit nahm die Versammlung mit kurzen Diskussionen zur Vorbereitung und Abwicklung der Versammlung und zum Ziel der Abstimmung ihren weiteren Verlauf. Für den ausgeschiedenen VOS-Bundesvorsitzenden wurde Johannes Rink nachgewählt, der dazu den Wunsch äußerte, dass er alsbald, bei der Generalversammlung eines möglichen künftigen Gesamtverbandes, dieses Amt wieder abgeben könne, weil er in seiner Tätigkeit in Sachsen-Anhalt bereits vollauf ausgelastet ist. Vor der Abstimmung über den Verschmelzungsvertrag wurde der Vertrag und die dazu aus **beiden** Vereinssatzungen erstellte Ausgangssatzung für den evtl. verschmolzenen Verband wörtlich verlesen und per Beamer auf die Wand projiziert. Danach gab es weitere kurze Diskussionen wobei nochmals deutlich von Kamerad und Rechtsanwalt Günter Rudolph (BSV) erläutert wurde, dass die Erstellung einer Satzung, als Essenz der bisherigen Satzungen, der vom Gesetzgeber vorgegebene Weg ist, weil Satzungsdiskussionen/Änderungen zu diesem Zeitpunkt keinen Bestand hätten. Der neue Verein besteht **noch nicht** und jeweils **einer der beiden** potentiellen Verschmelzungspartner kann keine gültige Satzungsänderung für den verschmolzenen neuen Verein beschließen. Dies muss der ersten Generalversammlung des möglichen neuen Vereins vorbehalten bleiben. In der dann folgenden Abstimmung wurden 116 von 120 gültigen Stimmen für die Verschmelzung von BSV und VOS abgegeben. Laut Satzung soll der neue Verein den Namen „VOS / BSV – Vereinigung der Opfer und Gegner kommunistischer Gewaltherrschaft“ erhalten und nach Eintrag in das Vereinsregister den Zusatz „e.V.“ führen. Nach Bekanntgabe dieses überzeugenden Votums der VOS-Delegierten für einen neuen verschmolzenen Verein wurde die Versammlung in der Hoffnung beendet, dass auch die Delegierten des BSV einen solchen Beschluss herbeiführen.

Bis zum Verlesen des Verschmelzungsvertrages und der Satzung verlief die BSV-Delegiertenversammlung wie oben bei der VOS beschrieben. Danach sprach als erster BSV-Redner der Vorsitzende des BSV Berlin- Brandenburg Herr Gorynia, um eine Vielzahl von Argumenten gegen die Verschmelzung vorzutragen. Zu Beginn wurde gleich einmal die Satzung angegriffen deren Nicht-änderung für den Verschmelzungsvertrag Kamerad Rudolph nochmals geduldigst erläuterte. Dem folgte eine Vielzahl weiterer unhaltbarer Vorwürfe gegen den VOS-Bundesvorstand und ein „in die rechte Ecke stellen“ der VOS. Diesem einleitenden Aufruf zum „gespalten bleiben“ der Opfer folgten eine Reihe weiterer meist entkräftbarer Argumente aus den Reihen der Gruppe Berlin- Brandenburg. Die Vorsitzenden und viele weitere Mitglieder der BSV-Gruppen Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen appellierten dagegen an die Vernunft und belegten die Notwendigkeit des Zusammenschlusses zu einem großen schlagkräftigen Verband angesichts der immer dreister auftretenden Apparatschicks, Stasioffiziere und Vertreter der LINKEN in der Öffentlichkeit. Eindringlich wurde gemahnt, dass das Potential an noch als Mandatsträger einsatzfähigen Mitgliedern in beiden Verbänden immer geringer wird. Daneben wurde ein gemeinsames Auftreten mit zahlreichen Beispielen einer seit vielen Jahren erfolgreichen Zusammenarbeit in Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen begründet, welches es z.B. unter anderem ermöglichte, Sachsen-Anhalts Landtagsabgeordnete dazu zu bewegen, durch eine Gesetzesänderung eine in den Gedenkstättenstiftungsrat entsandte DDR-Staatsanwältin und MfS-Zuträgerin zurück zu ziehen. Das Abstimmungsergebnis über die Verschmelzungsvereinbarung zeugte eindeutig von einer massiven Einflussnahme auf die Delegierten des LV. Berlin- Brandenburg. 19 Delegierte aus Berlin- Brandenburg bedeuteten 19 NEIN-Stimmen zum Verschmelzungsvertrag. 31 Delegierte aus den übrigen neuen Bundesländern ergaben 31 JA-Stimmen für den Verschmelzungsvertrag. Mit dem Abstimmungsergebnis 31 zu 19 wurden die erforderlichen 75% Zustimmung zum Verschmelzungsvertrag nicht erreicht. Der stellvertretende BSV-Bundesvorsitzende Johannes Rink erklärte abschließend, dass die drei BSV Landesverbandsvorsitzenden (Sa, Sa-Anh, Thür.) beim BSV-Bundesvorstand einen Antrag auf eine außerordentliche BSV-Versammlung stellen mit dem einzigen Tagesordnungspunkt „Auflösung des BSV“.

Im Nachgang zur Delegiertenversammlung erreichten uns zahlreiche Meinungen der Mitglieder des BSV-Landesverbandes Berlin- Brandenburg, die ihre Enttäuschung und Entrüstung über dieses Abstimmungsverhalten, welches nicht ihrem Wunsch entsprach, zum Ausdruck brachten.

Das Zitat:

„Wir leben alle unter dem gleichen Himmel, aber wir haben nicht alle den gleichen Horizont.“

Konrad Adenauer, 1. Bundeskanzler von Deutschland

Romantik und harte Realität verwechselt: Stasi-Liebe als Schmonzette

Jörg B. Bilke über die skandalöse Verfremdung der Stasi-Vernehmungen in der ARD

Wer sich am Mittwochabend, 16. April, im Fernsehen über das segensreiche Walten und Wirken der „Staats-sicherheit“ im SED-Staat 1949/1989 unterrichten wollte, konnte zunächst im ARD-Programm den vom „Mittel-deutschen Fernsehen“ in Leipzig produzierten Spielfilm „12 heißt: Ich liebe dich“ einschalten und sich die ergrei-fende Geschichte des „guten Menschen vom MfS“ er-zählen lassen oder aber anderthalb Stunden später Bettina Renners Dokumentation „In den Fängen der Stasi“, die knallharte Fakten bot über die menschenverachtenden Praktiken einer kriminellen Organisation.

Die Filmhandlung setzt 1984 ein, als Bettina und ihr Ehemann Bernd in Dresden wegen „staatsfeindlicher Verbindungsaufnahme“ zu einer linken Menschen-rechtsgruppe in Westberlin verhaftet werden. Bettina wird zu mehr als drei Jahren Zuchthaus verurteilt, die sie bis zum letzten Tag im Frauengefängnis Hoheneck im Erzgebirge verbringt, bevor sie in ihre Heimatstadt Dresden zurückkehrt, ohne von der Bundesrepublik Deutschland freigekauft worden zu sein. Im Jahr 1997, als sie ihren früheren Vernehmungsoffizier Jan per Tele-fonbuch sucht und findet, arbeitet sie als sachkundige Führerin durch das Dresdner Bezirksuntersuchungs-gefängnis der „Staats-sicherheit“, wo sie acht Monate ver-nommen wurde. Ihr Vernehmer, der 1984 Hauptmann war und 1989 als Major beim MfS ausgeschieden ist, ar-beitet jetzt in Dresden als Buchhalter in einem Logistik-unternehmen. Im Jahr 2006 sollen Bettina und Jan, so steht es in dem Buch von Regina Kaiser und Uwe Karlstedt, geheiratet haben.

Der Film und auch das Buch, das angeblich auf einem authentischen Vorfall beruht, stecken voller Widersprü- che und Ungereimtheiten. Wer selbst Erfahrungen mit dem „Untersuchungsorgan Staatssicherheit“ gemacht hat, wird sich fragen müssen, warum er nie bemerkt hat, dass das eigentlich ein ganz „humanitärer Verein“ war! Der Vernehmer Jan, von dem man nicht weiß, wie er an die „Staats-sicherheit“ geraten ist, tritt als netter, lieber Junge mit einem Unschuldsgesicht auf, dem man nichts Böses zutraut: Der Traummann aller Schwiegermütter! Im weißen Hemd mit Schlips sitzt er am Vernehmungstisch neben der verhafteten Bettina, auf Tuchfühlung so-zusagen mit der „Staatsfeindin“, nie zitiert er Marx und Engels oder Erich Honeckers letzte Parteitagrede, als „Klassenkämpfer“ tritt er nie in Erscheinung. Dass die- ser Naivling Offizier in einer kriminellen Organisation ist, erscheint völlig ungläubwürdig!

Die Wirklichkeit sah ganz anders aus: Offiziere und Wachmannschaften der „Staats-sicherheit“ verrichteten ihren anstrengenden Dienst immer in Uniform. Sie saßen bereits am Schreibtisch, wenn der Untersuchungshäftling vom „Läufer“ hereingeführt wurde, nicht umgekehrt wie in diesem Film. Der Häftling saß nicht neben dem Ver- nehmer am Tisch, sondern auf einem Hocker, drei Meter vom Tisch entfernt. Der Hocker war am Boden festge- netet, damit er nicht als Wurfgeschoss benutzt werden konnte. Der Vernehmer brachte auch niemals einen Häftling, dem schlecht geworden war, fürsorglich zurück in die Zelle, dafür war der „Läufer“ zuständig. Und auch das Vernehmungsprotokoll wurde nicht eigenhändig vom vernehmenden Offizier auf der Schreibmaschine geschrieben, das wäre Zeitverschwendung gewesen, das

besorgten die Sekretärinnen bis zum nächsten Morgen. Niemals drehte der Vernehmer dem Häftling den Rü- cken zu und verließ zuerst den Raum wie in diesem Film. Und vor allem: Kein Häftling kannte den Namen des Vernehmungsoffiziers! Der meldete sich am Tele- fon, wenn er während des Verhörs angerufen wurde, immer mit einer Nummer, meiner in Leipzig immer mit 3/5, was „dritter Stock, fünftes Zimmer“ hieß. Seinen Klarnamen habe ich erst 1993 in meiner Akte gefunden.

Jans Vorgesetzter, der im Film seine Brutalität nicht ausleben darf, ist der wahre Stasi-Typ, wie man ihn kennt. Als der dümmliche Jan mit den Vernehmungen nicht vorankommt, wird er von seinem Referatsleiter an- geraunzt und ultimativ aufgefordert, endlich Ergebnisse vorzuweisen, worauf Jan antwortet: „Klar, Chef!“ So flapsig würde kein MfS-Offizier geantwortet haben, sondern nur so: „Jawohl, Genosse Oberstleutnant“. Und dann bringt er Bettina Eis aus der Kantine mit, eine herzergreifende Szene, die dem Zuschauer die Tränen in die Augen treibt, wie auch die, als die Stasi bemalte Os- tereier verteilt.

Und dann die Knutschszene im Vernehmungszimmer bei unverschlossener Tür. Hauptmann Jan, der Bettina für drei Jahre nach Hoheneck bringt, fragt die vor ihm sitzende „Staatsfeindin“, ob sie sich vorstellen könne, ihn zu lieben. Und dann sitzen sie einander gegenüber am Tisch, küssen und streicheln sich. Jedem, der bei der Stasi gesessen hat, muss sich beim Anblick dieser wirk- lichkeitsfremden Szene der Magen umdrehen! Und dann heftet Jan ihr Passfoto an die Wand: Wie rührend!

Nichts an diesem Film stimmt! Geläuterte MfS- Offiziere gab es nicht, jedenfalls nicht vor dem Mauer- fall. Man hat den Eindruck, die Drehbuchschreiberin Scarlett Kleint wollte dem Fernsehpublikum die harte Wirklichkeit der Stasi-Verhöre, sofern sie sie überhaupt kannte, nicht zumuten. So wurde nämlich schon 1979 mit Siegmars Serie „Christen und Marxisten in der DDR“ verfahren, damit die zartbesaiteten Westdeut- schen solche Filme überhaupt ansähen. In Wirklichkeit wurden verhaftete Ehepaare gegeneinander ausgespielt, indem jedem Partner eingeredet wurde, der andere hätte außereheliche Beziehungen. Da wurden Müttern Ton- bandaufnahmen mit dem Stimmen ihrer schreienden Kinder vorgespielt, da wurden in konspirativen Woh- nungen, Erich Loest hat ein Hörspiel darüber geschrie- ben, Frauen von MfS-Offizieren vergewaltigt.

Dieser Film ist eine seichte Schmonzette ohne Wirk- lichkeitsbezug, der lediglich dazu dient, die menschen- feindlichen Aktivitäten der „Staats-sicherheit“ zu ver- harmlosen. Die halbstündige Dokumentation danach, die nur auf Druck der Häftlingsverbände ausgestrahlt wurde, war bedeutend wirklichkeitsnäher! *Dr. Jörg B. Bilke*

Zwei Stimmen zu diesem misslungenen Film:

Man kann die Proteste der Stasi-Opfer gegen diesen Ufa-Film verstehen. Die DDR-Vergangenheit ist kein Pilcher-Roman. Focus online

Den über 200 000 politischen Häftlingen der DDR-Zeit wird damit in keiner Weise geholfen, sondern, im Gegen- teil, ihre Gefühle aus ihrer schrecklichsten Lebenszeit werden zutiefst verletzt. Henning von Storch (CDU) in mvregio (Mecklenburg-Vorpommern-Nachrichten)

Mutiges Spruchband und „ein Sack“ bester Argumente kontra Marsch- und Kampflieder im Umfeld von Frau Ypsilanti

Der Landesverband Hessen der VOS informiert über die Ereignisse der Landes- und Bezirksgruppen seit Beginn des Jahres 2008 und über seine tatkräftige Aufklärungsarbeit beim SPD-Landesparteitag in Hanau

Form- und fristgerecht hatten die Vorstände der VOS-Landesgruppe Hessen und der Bezirksgruppen Mainz/Wiesbaden, Frankfurt (M.) und Kassel am 09. März 2008 zu einer Gründungsversammlung für eine Fusion zum neuen VOS-BSV-Landesverband Hessen-Rheinland-Pfalz sowie einer Bezirksgruppe Rhein-Main-Nahe eingeladen, worauf viele Mitglieder von BSV und VOS folgten. Im Verlaufe der Versammlung, welche in guter und harmonischer Atmosphäre verlief, wurden der oben genannte neue Verband sowie die neue Bezirksgruppe mit den dazugehörigen jeweiligen Vorständen gegründet, welche sich folgendermaßen zusammensetzen:

Erster Vorsitzender des Landesverbandes ist Kamerad Arno Selten, erster Stellvertreter ist Kamerad Heinz Richter, zweiter Stellvertreter ist Kamerad Gerd Francke. Als Beisitzer fungieren Kamerad Siegfried Keil und Kamerad Günther Rudolf.

Der Vorstand der Bezirksgruppe setzt sich wie folgt zusammen:

Vorsitzender ist Kamerad Gerd Franke, erster Stellvertreter ist Kamerad Arno Selten, zweiter Stellvertreter ist Kamerad Siegfried Keil, Beisitzerin wurde Kameradin Silke März (Tochter von Christa und Horst Sames).

Wir alle sind uns der Notwendigkeit einer Verschmelzung der Opferverbände VOS und BSV zur Stärkung und besseren Darstellung unserer Interessen in der Öffentlichkeit sowie gegenüber den politischen Vertretern in der bundesdeutschen Gesellschaft einig. Obwohl wir als SED-Opfer in der heutigen Zeit bei den meist links ausgerichteten Medien und Politikern kaum eine Rolle spielen und eher als lästig angesehen werden, gibt es noch genügend Gründe und Möglichkeiten, auf unser erlittenes Schicksal während der 45 Jahre SED-Diktatur der SBZ/DDR hinzuweisen sowie die Schuldigen und die Täter aus jener Zeit an den Pranger zu stellen.

Zurzeit müssen wir mit Entsetzen feststellen, in welcher schamloser Weise die Landesvorsitzende der SPD Hessen, Andrea Ypsilanti, bereit ist, die Partei Die Linke in ihre Politik einzubinden und sie als Steigbügelhalter auf ihrem Weg zum Ministerpräsidentensessel zu benutzen. In einer Blitzaktion beim außerordentlichen SPD-Landesparteitag in Hanau am 29. März 2008, auf dem sie die Absegnung ihres Vorhabens, mit der Linken zu koalieren, erreichen wollte, hatten wir, unser Kamerad Wirbelauer aus Wiesbaden und ich, einen Info-Stand mit einem fünf Meter langen Spruchband **WIR OPFER DER SED-DIKTATUR FORDERN: NIEMALS EINE SPD-DIE.LINKE-ALLIANZ**, drei verschiedene Handzettel und einen Sack bester Argumente aufgebaut, um Frau Ypsilanti die Suppe ordentlich zu versalzen. Uns zweien stand auf der anderen Seite eine Gruppe von ca. 100 SPD-Mitgliedern, Jungsozialisten sowie Gewerkschaftern gegenüber, welche eine Dreiviertelstunde lang versuchten, uns einzuschüchtern und mit Klassenkampfparolen in Verlegenheit zu bringen. Allerdings hatten sie

nicht mit unseren sattelfesten Gegenargumenten gerechnet und demzufolge hatten sie diesbezüglich auch nichts Gleichwertiges entgegenzusetzen, sodass ihnen zum Schluss unserer Auseinandersetzung nichts Besseres einfiel, als uns mit lauten Marsch- und Kampfliedern aus einem Auto heraus vollzudröhnen. Sehr zum Missfallen der Vertreter einer ganzen Reihe von Zeitungen, dem Fernsehen und der Rundfunkanstalten, welche uns bis zum Eintreffen von Frau Ypsilanti nach den Beweggründen für unsere Anwesenheit befragten und sich vom Krach der Jusos gestört fühlten.

Das Medieninteresse an uns war an diesem Tag ausgesprochen groß, und selbst Tage später führte ein Journalist des SPIEGEL diesbezüglich ein langes Telefongespräch mit mir.

Sicher sind wir nicht das neue „geliebte Baby“ der Medien. Aber so wie es scheint, sind wir SED-Opfer bei bestimmten politischen Konstellationen der Bundesrepublik wieder ein gefragter Gesprächspartner, besonders bei der Einordnung der Partei „Die Linke“. Diese gelegentlich sich bietenden Chancen dürfen wir nicht verstreichen lassen, sondern müssen sie ohne Wenn und Aber nutzen und aktiv werden, um uns zu präsentieren und auf unsere Belange hinzuweisen.

In diesem Sinne ist jeder von uns aufgerufen, immer wieder aufs Neue am Ball zu bleiben, damit die Öffentlichkeit über die Gefährlichkeit linksradikaler Ideologien informiert wird.

Diesem Beitrag liegt ein Informationsblatt über unsere geplante Fahrt nach Leipzig bei, welche unser Kamerad Siegfried Keil schon hervorragend vorbereitet hat, wofür ich ihm auf diesem Wege herzlich danken möchte.

Interessenten an dieser Fahrt setzen sich bitte bis zum 30. April 2008 mit mir in Verbindung.

Im Auftrag der beiden Vorstände: Gerd Franke

Zum ersten Stellvertreter des Vorsitzenden des VOS-Landesverbandes Hessen wurde unser verdienter Kamerad



Heinz Richter (Foto rechts) gewählt. Heinz Richter ist selbst seit Jahrzehnten in der SPD und wurde zur Beisetzung von Frau Renger geladen. Das Foto zeigt Heinz Richter mit Frau Renger und dem früheren Bundespräsidenten Johannes Rau bei einer Veranstaltung.

Die Linke wird auch nach Mitgliedern drittstärkste Partei Deutschlands

*Fast fünfstelliger Mitgliederzuwachs
Grüne stagnieren/große Parteien mit Verlusten*

Die Partei Die Linke hat im Jahr 2007 allein im Bundesland Nordrhein-Westfalen fast 2.000 neue Mitglieder bekommen. Damit stieg die Zahl der „West“-Mitglieder auf insgesamt etwa 21.000. Über weitere rund 51.000 Genossinnen und Genossen verfügt die Partei in den neuen Bundesländern, so dass sich mittlerweile das stolze Potenzial von 72.000 ergeben hat. Nach CDU und SPD, deren Mitgliederzahlen jedoch rückläufig sind, hat die Linke inzwischen die drittstärkste Position in Gesamtdeutschland eingenommen.

Keine Zuwächse an Mitgliedern, aber auch kaum Verluste haben die Grünen/Bündnis 90 zu verbuchen. Die zum Ende 2006 ausgewiesene Zahl von etwa 44.000 Mitgliedern wurde auch am Jahresende 2007 gehalten.

Ungeachtet der Verluste bei den großen Parteien liegen diese bezüglich ihrer Mitglieder jedoch noch weit vor den anderen Parteien. So weist die SPD nach eigenen Angaben Mitte des Jahres 2007 immer noch 551.000 Mitglieder aus. Die CDU liegt zu diesem Zeitpunkt bei 546.000 zahlenden Mitgliedern.

Wie hoch die Mitglieder-Verluste in den beiden Volksparteien sind, lässt sich nur grob schätzen. Nach Veröffentlichungen im Internet haben die Sozialdemokraten in den vergangenen anderthalb Jahrzehnten rund ein Drittel ihrer Mitglieder verloren, die CDU dagegen „nur“ etwa ein Fünftel.

Vor vierzig Jahren: Prager Frühling

Ein Seminar in der Gedenkstätte ROTER OCHSE

Die Gedenkstätte ROTER OCHSE Halle (Saale) ist gemeinsam mit anderen Kooperationspartnern (Landeszentrale für politische Bildung in Sachsen-Anhalt, Landesbeauftragter für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR in Sachsen-Anhalt und Konrad-Adenauer-Stiftung) Initiator des jährlichen Halle-Forums im „Roten Ochsen“.

Die Veranstaltung findet in diesem Jahr vom 26. bis 27. September statt. Das Halle-Forum (2008 zum Thema: „Niederschlagung des Prager Frühlings 1968“) richtet sich insbesondere an ehemals Inhaftierte aus dem „Roten Ochsen“ (MfS-Untersuchungshaft, politischer Strafvollzug und/oder sowjetische Besatzungszeit).

Der Beginn am ersten Veranstaltungstag ist um 17.00 Uhr. Das Halle-Forum wird am Samstag, dem 27. September 2008 in den Räumen der Gedenkstätte ROTER OCHSE Halle (Saale) fortgesetzt.

Auf Grund der langfristigen Zimmerplanung bitte ich um eine verbindliche Nachricht (bis spätestens Ende Mai 2008), für die Teilnahme an der Veranstaltung. Die Teilnahmegebühr beträgt 30,00 € (Person) und beinhaltet das Abendessen am 26.09.08, die Versorgung am 27.09. 2008 und eine Übernachtung im Hotel MARI-TIM. Reisekosten werden nicht erstattet. Das Programm wird zeitnah zugeschickt. *Andre Gursky*

Anmeldungen bitte schriftlich an:

Gedenkstätte ROTER OCHSE Halle (Saale),
Fr. Elvira Riemer, Am Kirchtor 20 b, 06108 Halle.

Bei Rückfragen: Tel.: 0345 – 2201335 oder
2201337; Fax: 0345 – 2201339

Sachsen Anhalt Anfang April 2008 mit fast zwei Drittel Bewilligungen

Obwohl in den meisten Bundesländern inzwischen eine ansehnliche Zahl von Antragstellern ihre Bescheide zu den gestellten Anträgen auf die Ehrenpension erhalten haben, gibt es immer noch genügend Fälle, in denen die Betroffenen noch ohne Benachrichtigung sind. Daher lesen sich (ein Dreivierteljahr nach Gesetzesverabschiedung die Statistiken zwar freundlich, aber dies nützt den ehemaligen politischen Häftlingen, die sich weiter ohne Nachricht in einer Warteschlange befinden, wenig.

Ein gutes Beispiel ist das Bundesland Sachsen-Anhalt. Hier wurden Anfang April 6.693 Formblattanträge gezählt, von denen bis dato 4.347 bewilligt waren. Die Differenz von 2.346 Anträgen setzt sich aus 223 Ablehnungen (unzureichende Haftzeitlänge, Ausschließungsgründe), 842 weitergeleitete Anträge und 142 aus sonstigen Gründen ein- oder zurückgestellte Anträge zusammen. Dies heißt, dass mindestens 1.000 Anträge noch nicht berücksichtigt bzw. bearbeitet sind.

In Berlin waren zum (etwa) selben Zeitpunkt 8.750 Anträge gestellt, von denen rund 5.400 positiv beschieden wurden. Auch hier bleiben – ohne die schwankenden Zahlen zu berücksichtigen – immer noch Anträge unbeantwortet. Hier wie auch in Brandenburg ist die Bearbeitung durch Personalunterbesetzung längst nicht so zügig wie etwa in Sachsen-Anhalt oder Sachsen.

Doch dass die Rente bewilligt ist, heißt nicht, dass sie zwingend auch sofort überwiesen wird. Auch bei der Auszahlung gibt es Wartezeiten, teilweise nicht zu knapp.

Angesichts der Tatsache, dass noch längst nicht alle Anspruchsberechtigten ihre Anträge abgegeben haben – manche Opfer fangen sogar jetzt erst mit der Rehabilitierung an – muss man an die Behörden und ihre Landesregierung immer wieder die Frage richten: Warum kann das alles nicht zügiger gehen? *T. H.*

Die VOS trauert um

Kameraden Hans Sauer

Verstorben am 9. April 2008
im Alter von 81 Jahren

Kamerad Sauer war viele Jahre Vorsitzender der VOS-Bezirksgruppe Kassel und Mitglied des Vorstandes der Landesgruppe Hessen. Unser Mitgefühl gehört seinen Angehörigen. Sein Andenken werden wir in Ehren halten

Rentenberatung für SED-Täter?

Seltsame Praktiken in Berlin-Lichtenberg

Was sich nach außen hin als ehrenamtliche Hilfeleistung für unbedarfte Rentner präsentierte, erwies sich beim genaueren Hinschauen als ein Angebot der ominösen Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde (GBM), die – was keineswegs erst jetzt bekannt wurde – ähnlich wie ISOR die Interessen ehemaliger SED- und Stasi-Leute vertritt. Nunmehr kam man in der Bodo-Uhse-Bibliothek von Berlin-Lichtenberg zur Rentenberatung zusammen und nutzte dementsprechend kostenlos das öffentliche Raumangebot der Stadtverwaltung, welcher die Bibliothek unterstellt ist. Solch eine Verfahrensweise finden nicht nur SED- und Stasi-Opfer unzulässig und verwerflich.

Bundesverdienstkreuz für Kameraden Dr. Martin Hoffmann

Kamerad Dr. Martin Hoffmann erhielt am 25. März 2008 in der Staatskanzlei Dresden durch den noch amtierenden Ministerpräsident von Sachsen, Prof. Milbradt, das Bundesverdienstkreuz. In der eindrucksvollen Laudatio würdigte der Ministerpräsident das ehrenamtliche Arrangement unseres Kameraden. Mit seinen Dokumentationen in seinen Zeitzeugenmuseen (Karlsruhe und Oederan) und seinen zahlreichen informativen Vorträgen informiert er als SMT-Verurteilter über sein Schicksal und den Einsatz für die Menschenrechte. Als Zeitzeuge vermittelt er insbesondere jungen Menschen zeitgeschichtlich die Nachkriegsjahre.

Die Bezirksgruppe der VOS Karlsruhe gratulierte unserem Kameraden in der Versammlung am 04.04.08 für diese hohe Auszeichnung durch die erste Vorsitzende Gisela Lotz.



Das Foto zeigt Martin Hoffmann gemeinsam mit der Kameradin Gisela Lotz, die in der Bezirksgruppe eine wichtige Ansprechpartnerin ist. Auch der Bundesvorstand und der Fg-Redakteur schließen sich den Glückwünschen im Namen aller VOS-Mitglieder an. Unterstrichen sei die Beharrlichkeit, mit der unser Kamerad Martin Hoffmann immer wieder in die Öffentlichkeit geht. Sei es mit Info-Ständen oder mit seinem eigenen Museum, in dem er Zeitdokumente und Zeitzeugnisse präsentiert und damit gerade jungen Menschen einen Zugang zu den wirklichen Vorgängen in der Geschichte von 1945 bis 1989 geben will.

Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn: an der BAB 2

Bus-Wartehäuschen die zwischen 1990 und 1992 in verschiedenen Teilen der ehemaligen DDR fotografiert worden sind, werden in einer Foto-Schau seit dem 1. April in der Gedenkstätte Marienborn an der Autobahn 2 (ehemaliger Grenzübergang) gezeigt. Der Eintritt ist frei. Außerdem kann die Dauerausstellung „Die Grenzübergangsstelle Marienborn, Bollwerk Nadelöhr Seismograph“ besichtigt werden.

Ausgestaltung der Gedenkstätte Münchner Platz Dresden

Die VOS Bezirksgruppe Dresden und Dresden-Land bittet alle Kameradinnen und Kameraden, die nach dem 8. Mai 1945 im Gefängnis Münchner Platz in Dresden von den Sowjets inhaftiert waren oder Kenntnisse von Inhaftierungen haben, Schriftstücke, Dokumente, Materialien besitzen, Angehörige von ehemals Inhaftierten kennen, sich beim Vorsitzenden der Bezirksgruppe, Bernd Müller-Kaller, zu melden. Die Materialien sollen in dieser Gedenkstätte der Gestaltung einer ständigen Ausstellung dienen, die für unsere Opfergruppe eine besondere Bedeutung hat.

E-mail: bernd@mkaller.de / Fax: 035973-26479 / Anschrift: B.-Müller-Kaller, Dresdner Straße 6, 01833 Stolpen

VOS-Geschäftsstelle in Sachsen wird künftig gemeinsam betreut

Wichtige Information für alle Mitglieder der VOS-Landesgruppe Sachsen der VOS-Bezirksgruppe Leipzig des BSV-Landesvorstand Sachsen. Die Geschäftsstelle der Landesgruppe Sachsen der VOS in Dresden ist aufgelöst.

Ab dem 01.04.2008 hat die Landesgruppe Sachsen der VOS, der Landesvorstand Sachsen des BSV sowie die Bezirksgruppe Leipzig der VOS eine gemeinsame Geschäftsstelle. Die Anschrift lautet:

Am Markt 10, 04178 Leipzig

Neu ist auch die Tel./Fax-Nr.: 034149 57 614

Die Geschäftsstelle bietet folgende Öffnungszeiten an:

**Landesgruppe VOS Sachsen:
Montag 10.00 – 14.00 Uhr**

**Bezirksgruppe VOS Leipzig:
Dienstag 14.00 – 16.00 Uhr**

**Landesvorstand des BSV: -
Donnerstag 10.00 - 13.00 Uhr**

Chemnitzer Gedenkveranstaltung anlässlich des Volksaufstandes von 1953

Liebe Kameradinnen, liebe Kameraden, der Kaßberg in Chemnitz hat das 9. Jahr einen Gedenkstein, der für das Erinnern an die Opfer der kommunistischen Gewaltherrschaft steht. Zum 55. Mal jährt sich hingegen der Jahrestag des Volksaufstands vom Juni 1953. Dass das Unrecht aus SBZ-/DDR-Zeit nicht in Vergessenheit gerät, ist uns Verpflichtung und muss lebendig sein:

Wir laden Euch

Am Dienstag, den 17.06.2008, 11.00 Uhr ganz herzlich zu unserer Gedenkveranstaltung in Chemnitz (Parkanlage, gegenüber dem Landgericht, Hohe Straße 23) ein. Wir freuen uns auf Euer Kommen und hoffen auf gute Gesundheit.

Der Vorstand der VOS-Bezirksgruppe Chemnitz
Holker Thierfeld

Aufarbeitung und Ausstellung mit Hindernissen

Wie der pensionierte Pfarrer Edmund Käbisch Widerstand und Unterstützung erfährt

Ausstellungen, wenn sie die DDR-Vergangenheit beleuchten, können gefährlich werden, und zwar für den, der sie ausrichtet und dabei ehemalige Stasi-Mitarbeiter namentlich benennt. Erfahren durfte dies der im Jahre 1944 im schlesischen Waldenburg geborene Edmund Käbisch aus Zwickau, der im vogtländischen Reichenbach eine Dokumentation über das Leben in der DDR und das daraus nicht wegzudenkende Wirken des MfS zeigt. Käbischs Ausstellung war (bzw. ist) gerade im letzten Punkt sehr konkret. Er, der in Zwickau Pfarrer war und sich in der Friedensbewegung engagierte, stand im unmittelbaren Visier der Mielke-Truppe, die zahllose Spitzel und Hauptamtliche auf ihn angesetzt hatte. Nun veröffentlichte er in seiner Ausstellung verschiedene Namen von hauptamtlichen und inoffiziellen Stasi-Mitarbeitern – und dabei handelte es sich um Personen, die heutzutage nicht in fernen Städten oder Ländern wohnen, sondern die auch am Standort der Ausstellung beheimatet sind und die dort – so ist das in Kleinstädten – (fast) jeder kennt.

Einer der Enttarnten (IM „Schubert“) ging gegen Käbisch gerichtlich vor, er drohte ein Strafgeld von mehreren hunderttausend Euro an, sollte Käbisch die Namensnennung aufrecht erhalten. Das Landgericht Zwickau, das sich des Falles annehmen musste, folgte dem Antrag des früheren IM und erließ eine Verfügung, die dem nunmehr pensionierten Pfarrer das Nachsehen brachte.

Soweit so gut, könnte man meinen, denn die Ausstellung wurde abgebaut, und da Käbisch offenbar starken Rückhalt vor allem in der CDU hat, sammelte diese einen Betrag von mindestens 4.000 Euro. Damit wäre der (damals und heute) Verfolgte finanziell aus dem Schneider und würde die bisherigen Kosten, die eigentlich nicht seine sein sollten, begleichen können.

Aber Käbisch sucht nun den geradlinigen Weg, der zu Ziel und Aufklärung führen soll. Er will die gerichtliche Entscheidung, wiewohl die zuständige Richterin beim Landgericht Zwickau bereits signalisiert hat, dass es nunmehr gar keiner Verhandlung mehr bedürfe – die Ausstellung sei ja abgebaut.

Doch so leicht sollte man es dem Gericht nicht machen. Dem Gericht nicht und unserer Gesellschaft nicht. Denn die Problematik der (Klar)Namensnennung von Stasi-Leuten, nicht nur IM, geistert weiter durch die Reihen der Opfer. Auf die Frage, ist es erlaubt, öffentlich Namen zu nennen bzw. sogar auszustellen oder nicht, fehlt eine juristisch einwandfreie Antwort. Die, die als IM und Hauptamtliche in den Akten auftauchen, sind nicht automatisch strafrechtlich zu belangen. Dies wird umso deutlicher, als es Fälle gibt, in denen DDR-Opfer von Leuten denunziert wurden, die keine Verpflichtung als IM unterschrieben hatten. Der Grund: Ab einer (nicht eben hohen) Funktionärs- und Leiterebene in Wirtschaft und Verwaltungsapparat setzten SED und MfS die Mitarbeit des Betreffenden als Informant mit Selbstverständlichkeit voraus. Das Resultat dieser Festlegung ist, dass ganze Täterscharen (Polizisten, NVA-Angehörige) als Informanten und aktive Menschenrechtsverletzer nicht genannt werden. Weder im Einzelnen noch als Gruppe. Insofern wäre es also nicht nur für Edmund Käbisch wünschenswert, einen kompetenten Entscheid zu bekommen, der dann an anderer Stelle, in anderen Aufarbeitungen maßgeblich ist.

Ein neuer Termin zur Entscheidung wurde daher auf den 22. April (nach Fg-666-Redaktionsschluss) gelegt. Wir alle schauen mit Spannung auf dieses Datum und wir stellen uns die Frage, ob hier wirklich eine allgemein anwendbare Entscheidung getroffen werden kann, die bei weiteren Veröffentlichungen und Dokumenten und Namen Rechtssicherheit gibt. Oft genug sind in der Justiz Verantwortungen solange abgewälzt worden, bis schließlich niemand mehr nach ihnen fragte.

Übrigens dürfte die Angelegenheit nicht nur für die früheren MfS-Schergen von Bedeutung sein. Käbisch legte sich als Pfarrer auch mit seiner Kirchenobrigkeit an. Ein nicht gerade harmloses Vergehen, wie wir aus dem Widerstandsfall von Oskar Brüsewitz wissen. Der damals von der Kirche unter Druck gesetzte Brüsewitz war in seinem Rippicha ebenso in die Konfliktsituation mit den Kirchenmännern wie mit dem MfS und der Kreisbehörde geraten. Er, der Verzweifelte und Aufbegehrende, hatte schließlich keinen anderen Ausweg gewusst, als den Weg der Selbstverbrennung zu gehen. Über seinen Fall kann man sich heute in einer Ausstellung und in Büchern („Das Unfassbare – Ideale und Konsequenzen im Leben und Tod des Oskar Brüsewitz“) informieren.

Dennoch, man darf (sehr) gespannt sein, welches Ergebnis wir in der nächsten Fg verkünden können. Aufklärung oder nicht?

Nachsatz: Nachdem dieser Beitrag verfasst war, kam die Meldung, dass die Ausstellung inzwischen wieder gezeigt werde. Neuer Standort ist mittlerweile die Stadt Schneeberg, gelegen im Landkreis Aue-Schwarzenberg. Hier werden die Exponate nach voraussichtlicher Einschätzung bis zum 17. Mai 2008 verweilen.

Einen Wermutstropfen müssen die – nun sicherlich stärker herbeiströmenden – Besucher jedoch vorerst in Kauf nehmen: Die Schwärzungen bleiben. Betroffen davon sind zweieinhalb Schautafeln, um die Identität „IM Schubert“ weiter zu verbergen. Die Schwärzung hat dabei eher einen symbolischen Wert, denn ihr Sinn und auch der Name des ungenannt bleiben wollenden IM sind ohnehin nicht geheim zu halten, da der Gerichtstermin am 22. April genügend öffentliches Interesse erzeugen dürfte.

Sollte es an dem vorgenannten Datum seitens des Gerichts nun doch zu einer eindeutigen Entscheidung kommen, mittels derer die Enttarnung zulässig ist, könnten die Tafeln wieder „enthüllt“ und der Name des IM „Schubert“ wieder öffentlich lesbar werden.

Zudem ist dann zu erwarten, dass der im Verfahren unterliegende Kläger auch den finanziellen Schaden haben könnte, indem ihm die keineswegs billige Bürde der Anwalts- und Gerichtskosten zufiele.

Dr. Alwin Haug

Hinweis: Wer sich näher über Dr. Käbisch informieren möchte, dem steht auf dessen privater Homepage ein reichhaltiges Informationspotenzial zur Verfügung. Hier ist sowohl die Biografie des früheren Pfarrers aufgeführt sowie seine Bemühungen um die Aufklärung und Aufarbeitung der DDR-Diktatur. Ebenso findet man Auszüge aus den MfS-Akten und über die eingeleiteten Operativen Vorgänge: <http://www.dr-kaebisch.de/>. Auch bei Eingabe des Stichworts Käbisch wird man fündig.

„Bei uns kann jeder mitregieren!“

Vor 40 Jahren gab es in der DDR einen Volksentscheid zu einer neuen Verfassung

Bevor am 6. April 1968 die Bürgerinnen und Bürger der DDR zu den angeblich freien Wahlen für eine neue Verfassung schritten, gab es reichlich Propaganda, mittels derer die SED-Führung unter ihrem damaligen Staatsratsvorsitzenden Walter Ulbricht die als demokratisch deklarierten politisch-gesellschaftlichen Verhältnisse im Arbeiter- und Bauernstaat anpreisen ließ. Plakate an Häuserwänden, Kundgebungen in Betrieben und Kommunen sowie öffentlich, spontan gehaltene Aktionseinsätze von Schülern und Lehrlingen sollten das Bewusstseinsbild der Menschen vorzeitig auf weitere Staatstreue einschwören und dem Klassenfeind zeigen, dass der sogenannte Friedensstaat von demokratischen Freiheiten und gesellschaftlicher Gerechtigkeit nur so strotzte. In mehreren Wochenendeinsätzen wurden Jugendliche in FDD-Hemden mit Lkws durch die Städte gefahren, damit sie vor Betrieben oder an Einkaufszonen absteigen und vor den verdutzten Menschen pro-staatliche Losungen skandieren sollten. Etwa:

*Der Volksentscheid soll demonstrieren
Bei uns kann jeder mitregieren*

Gefordert wurde zudem durch die Regierung, dass die Menschen der DDR Vorschläge einreichen sollten, die eigene Ideen zur „weiteren Vervollkommnung“ der gesellschaftlichen Entwicklung zu enthalten hatten. Eine Forderung, die nicht ohne Weiteres zu erfüllen war, da durch das Zentralkomitee der SED alle Bestimmungen und Gesetze festgelegt wurden und eine Abweichung von der ideologischen Linie und den Anweisungen Moskaus weder praktisch noch theoretisch möglich war.

Gerade die enge, vom kommunistischen Rädelsführer, der KPdSU, verordnete Anbindung, realiter eine simple Unterwerfung unter die Herrschaft der damaligen Sowjetunion, wurde schließlich sogar in die DDR-Verfassung in Artikel 6, Absatz 2 regelrecht einbetoniert.

Die Deutsche Demokratische Republik ist für immer und unwiderruflich mit der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken verbündet. Das enge und brüderliche Bündnis mit ihr garantiert dem Volk der Deutschen Demokratischen Republik das weitere Vorschreiten auf dem Weg in den Sozialismus und des Friedens.

Der Ausgang des Volksentscheides war, misst man ihn an den Ergebnissen der sonstigen in der DDR erfolgten Scheinwahlen, geradezu blamabel. Denn während die SED und ihre „Blockflöten“ sonst höchstens Abweichungen hinter der zweiten Kommastelle von den vollen hundert Prozent in die Kladden eintrugen, brachte der Volksentscheid lediglich eine Zustimmung von 94,49 % der Bevölkerung. Dies heißt, dass sich Ulbricht und Co. nach Abzug der nicht gültigen Stimmen eine Ablehnung von rund 5 Prozent öffentlich eingestanden haben. Möglicherweise war dies der Grund, dass es derartige „Volksentscheide“ später nicht mehr gab.

B. Thonn

Marschieren gegen Abrüstung – diese jedoch nur im Westen

Bewegung der westeuropäischen Ostermärsche wird im April fünfzig Jahre

Über die Ursprünge der alljährlich stattfindenden Ostermärsche gibt es – was das Datum betrifft – unterschiedliche Angaben. Während Internet-Quellen wie Wikipedia auf das Jahr 1958 verweisen, wird an anderen Stellen bereits auf 1956 verwiesen, als in England am 7. April bereits ein Anti-Atom-Marsch nach Aldermaston stattfand, damals noch „Wanderung“ genannt. Wie weit „gewandert“ wurde und wie viele Teilnehmer es gab, ist nicht genau verbürgt. Fakt hingegen ist, dass die Aktionen in den Nachfolgejahren wiederholt wurden und sich dann auch in (West)Deutschland ausbreiteten. Auch hier wurde das Thema Frieden bzw. Anti-Atom-Bewegung als Motto benutzt. Tatsächlich jedoch steckte hauptsächlich

politischer Aktionismus hinter diesen vor allem in der DDR propagierten Ostermärschen, zumal sich unzweifelhaft kommunistisch gesinnte Gruppen in den Reihen der Organisatoren befanden, viele Teilnehmer jedoch der Meinung waren, die atomare Bedrohung und die Gefahr

eines neuen Krieges gingen einzig von den Nato-Staaten aus. Dass das gepanzerte Herz der (atomaren) Aufrüstung jedoch in Moskau schlug und im Block des Warschauer Paktes grobe Menschenrechtsverletzungen begangen wurden, blieb auf den Transparenten und in den Reden auf den Kundgebungen unerwähnt.

Während sich den ersten Märschen in den frühen Jahren meist nur einige hundert Menschen anschlossen, wurde die Teilnehmerzahl zu Beginn der Achtzigerjahre in der Tat gewaltig. Das Vorhaben der Stationierung der Mittelstreckenraketen in Mitteleuropa löste damals bei großen Teilen der Bevölkerung Angst aus. Eine neue Form Kalten Krieges wurde geschürt. Viele Menschen begriffen nicht, dass der Moskauer Block eine falsche Rüstungsperspektive entwarf. Es hieß, Mitteleuropa sei durch die Stationierung der Pershing Missiles hochgradig bedroht, daher dürften hier keine Atomraketen stationiert sein. Die Wahrheit sah jedoch so aus, dass Mitteleuropa eben gerade ohne die Stationierung von Atomraketen bedroht gewesen wäre, denn die auf sowjetischem Territorium installierten Atomraketen hatten eine ausreichende Reichweite, um selbst Spanien und noch weiter gelegene potenzielle Ziele zu bombardieren. Deutschland, im Herzen Europas gelegen, wäre also schutzlos gewesen und hätte leicht das Opfer eines scheinheilig provozierten Zwischenfalls à la Afghanistan werden können.

Inzwischen weiß man, dass die Strategie der Moskauer Hegemonisten nicht aufging. Die US-Regierung unter Ronald Reagan setzte sich ebenso wie die Bundesregierung durch.

Wer die Nachrichten verfolgt, konnte feststellen, dass auch in diesem Jahr wieder Ostermärsche in Deutschland organisiert wurden. Interessanterweise nahmen die Organisatoren erstmalig auch ein antikommunistisches Thema in die Demonstrationen auf. Es ging darum, den Konflikt in Tibet zu beenden. China, der letzte staatskommunistische Riese auf dem Erdball, wurde aufgefordert, seine terroristischen Einsätze gegen die Tibeter zu beenden und die Menschenrechte in Tibet und China zu respektieren.

Anton Vogel

**Geschichts=
Rückblick**

Die Diktaturen mit zweierlei Maß zu messen, dient nicht der Aufarbeitung

Auch in der Ausstellung im „Roten Ochsen“ in Halle (S.) gibt es Probleme bei der Namensnennung

Die Täter mucken gewaltig und in konzertierter Aktion auf, meint Wolfgang Stiehl in seiner Betrachtung über die Schwärzungsverlangen der hauptamtlichen Stasimitarbeiter und der Zuträger (GM bis IM usw.).

Über 250.000 Opfer der kommunistischen Gewaltherrschaft sind gerichtlich rehabilitiert oder haben die Bescheinigung nach § 10-4 des Häftlingshilfegesetzes (Anerkennung als politischer Häftling). Demgegenüber ist nur eine Handvoll Täter für diese Verbrechen der physischen und psychischen Folter an unschuldigen Menschen in sowjetischen oder MfS-Untersuchungshaftanstalten, des langjährigen Freiheitsentzuges, der gesundheitlichen Schädigung und/oder Tötung von Häftlingen durch billigende Inkaufnahme des Todes infolge unmenschlicher Haftbedingungen, zur Rechenschaft gezogen worden. Die Absicht dieser Nichtbelangung der Täter einer verbrecherisch praktizierten „sozialistischen“ Diktatur ist schon im Einigungsvertrag abzulesen. Dieser sieht zwar Rehabilitierung und angemessene Entschädigung von Opfern im Artikel 17, aber an keiner Stelle Strafverfolgungsabsichten für die Verbrechen der Täter, vor. Schon vor gut einem Jahr gab es einen Auftakt der Täter in der ehemaligen Stasi-U-Haftanstalt Berlin-Hohenschönhausen, welche dort die Opfer verhöhnzten und verleumdeten. Nun geht es munter weiter.

Eine Ausstellung die den Klarnamen eines besonders rührigen „IM Schubert“ nennt und musste wegen der Beantragung und Aussprache einer einstweiligen Verfügung geschlossen werden. (Seite 9 dieser Ausgabe) In der berüchtigten Stasi-U-Haftanstalt Roter Ochse tätig gewesene hauptamtliche Stasi-Offiziere, wie ein Herr Stenker, bemühen sich darum, dass ihre Namen in der heutigen Gedenkstätte nicht genannt, ihre Fotos und Dissertationsarbeiten nicht ausgestellt werden dürfen. Sogar in die Ausstellungs-Texte möchten sie revisionistisch eingreifen. Von physischer und psychischer Folter dürfe, nach ihren Forderungen, auf den Ausstellungstafeln nicht geschrieben werden. DENN, so ihre Standardargumentation: Es wurde niemand deswegen angeklagt geschweige denn verurteilt. Ergo hat keine Folter stattgefunden.

Langdauernde Isolations-Einzelhaft, Schlafentzug, Versagung medizinischer Hilfe, Erpressung von Geständnissen mit Androhung von massiven Repressalien gegen den erweiterten Familien- und Freundeskreis, Versagung jeglicher Beschäftigung und Kommunikation mit Angehörigen oder Rechtsbeiständen, Kälte-, Hunger- und Hoffnungslosigkeit-Einwirkungen und vieles andere mehr haben erstens – weil nie Anklagegegenstand – nie stattgefunden und sind zwei-

tens, nach 17 Jahren Deutscher Einheit, längst verjährt.

In der gleichen Gedenkstätte sind im Erdgeschoss die Täter der Nationalsozialistischen Diktatur, wo bekannt, auch richtigerweise akribisch mit Klarnamen benannt. Für die nachfolgende, anders motivierte und dimensionierte, aber ebenfalls (wenn auch anders) verbrecherisch praktizierte Real-Sozialistische Diktatur soll dies nach dem Willen ihrer Täter nicht gelten.

Eine Differenzierung in schlimme und gute Verbrechen ist unserer Auffassung nach absolut unzulässig. Sie stellt eine erneute Traumatisierung und Verhöhnung der Opfer einer verbrecherisch handelnden Diktatur dar und darf deshalb nicht geschehen. Wer sich an verbrecherischen Handlungen beteiligt hat, darf nicht damit rechnen dürfen, dass seine Beteiligung, gleich in welchem Umfang, einem „gnädigen Vergessen“ anheim fällt, nur weil er nicht strafrechtlich belangt wurde. Nein, er war Mitglied einer verbrecherisch handelnden Institution und sollte dementsprechend bei seinem (guten?) Namen genannt werden.

Es geht bei der Nennung der Akteure auch überhaupt nicht darum, die handelnden Personen zu verteufeln. Vielmehr soll eine verbrecherisch durchgesetzte Ideologie, die vorgebliche „Diktatur des Proletariats“ wie sie sich selbst nannte, aus der Anonymität herausgeholt werden und ebenso wie die höchst verbrecherisch umgesetzte nationalsozialistische Diktatur die Gesichter der Akteure erhalten. Dies sind wir den Opfern zweier unterschiedlicher und dennoch auch mit vielen Gemeinsamkeiten behafteten „sozialistischen“ Diktaturen schuldig. Jedes Opfer jeder Diktatur ist ein Opfer zuviel.

Die Täter jeder Diktatur sollten unabhängig von individuellem Schuldnachweis und juristischer Belangbarkeit als sichtbarer Beweis dafür gezeigt werden, dass Diktaturen von Personen durchgesetzt werden. Hierbei darf sich kein Akteur hinter Führerbefehl oder Staatsratsvorsitzenden-Anweisung oder „geltender Gesetzgebung“ verstecken dürfen.

Kommunistisches Manifest als Parteiprogramm der Linken?

☒ Oskar Lafontaine, Chef der Partei Die Linke, hat sich dafür ausgesprochen, das „Kommunistische Manifest“ von Karl Marx passagenweise in das Programm seiner Partei aufzunehmen. Der Grund sei die Aktualität der Marx'schen Ausführungen in der heutigen Zeit.

In der DDR war das Manifest Pflichtlektüre in der achten Schulklasse und später im Unterrichtsfach Staatsbürgerkunde. Im Westen galt es unter den 68ern als „chic“. Es beginnt mit den Worten: Ein Gespenst geht um in Europa, womit der Kommunismus gemeint ist.

Wir trauern um

**Phillip Vogelbein
Hans Sauer
Heinz Stiehl
Manfred Kaden
Annita Meyer**

**Bezirksgruppe Erfurt
Bezirksgruppe Kassel
Bezirksgruppe Freiberg
Bezirksgruppe Freiberg
Bezirksgruppe Reichenbach**

Die VOS wird ihnen ein ehrendes Gedenken bewahren

Des Schicksals Los

Ein Gedicht für die Haftopfer

Die DDR, die gibt es nicht mehr,
weg ist sie, fortgefegt.
Jedoch ihr Unrecht ist noch hier,
es hat sich auf uns gelegt.

Mach deine Augen auf
und leg die Hand aufs Herz.
Jawohl, es stimmt:
250 Euro, das ist kein Scherz.

Wie konnte das passieren?
Man hört es wie benommen:
Ein Rauschen ohne Sinn,
es ist bis zu uns hergekommen.

Muss man dafür
sich jetzt im Bundestag bedanken?
Dass er mit dem Gesetz zerbrach
im Land die Anstandsschranken?

Wir sind 'ne kleine Truppe,
das ist für die ein Fest.
Und sind ja denen völlig schnuppe,
bedeutungslos – ein kleiner Rest.

Nun braucht man noch ein halbes Jahr,
bis der elende Bettel berechnet ist.
Und dann erwarten sie,
dass du mit der (du weißt schon) zufrieden bist.

Sie tun, als brächten sie Opfer dar,
die sollten sich wirklich was schämen.
Sie speisen uns ab für die vielen Jahr'
Mit mickrigen Halbjahresprämien.

Bringt's was, wenn wir alle zusammen gehen?
Wie in Bautzen auf Zellen und Sälen.
Wenn wir bei der nächsten Wahl
die Bande nicht wieder wählen.

Doch dann wählt sie wer anders,
da bauen sie drauf
und sie dürfen sich drauf verlassen
Wir können dies eiskalte Gewürm
nur von ganzem Herzen hassen!
Und beten, dass Gott diesem Unrechtsland
Etwas sendet wie uns in der ddr,
einen neuen, noch wirksameren Widerstand.

April 2008, Erich Schmidt

Proteste gegen Menschenrechtsverletzungen in Tibet auf www.17juni1953.de möglich

Aufgrund der anhaltenden Menschenrechtsverletzungen in Tibet und in China und angesichts der falschen Darstellungen über das Verhalten der chinesischen Regierung stellt die Gemeinschaft 17. Juni 1953 e. V. ihr Gästebuch zur Verfügung, um Proteste und Stimmen zu sammeln, die der Welt zeigen sollen, dass in Deutschland der Widerstand und das Engagement für Menschen- und Völkerrecht nicht erloschen sind, sondern die Bürger weiterhin dafür eintreten.

Alle Einträge werden erfasst, gesammelt und weitergeleitet. Interessenten und Sympathisanten gehen bitt auf die homepage www.17juni1953.de und nehmen dort einen sachlichen, aber eindeutigen Eintrag im Gästebuch vor.

Vorsitzender der Vereinigung 17. Juni 1953 e. V. ist
Carl-Wolfgang Holzapfel,

VEREINIGUNG DER OPFER DES STALINISMUS (VOS)

Stresemannstr. 90, 10 963 Berlin

PVSt Deutsche Post

Entgelt bezahlt

A 20 666

„Freiheitsglocke“, herausgegeben von der Gemeinschaft ehemaliger politischer Häftlinge, Vereinigung der Opfer des Stalinismus e.V. (gemeinnützig und förderungswürdig), erscheint seit 1951 im Selbstverlag elf Mal jährlich (davon einmal als Doppelausgabe)

Geschäftsstelle der VOS

Stresemannstr. 90, 10 963 Berlin

Neu Telefon/ AB: 030-26552380 und 030-26552381

Fax 030-2655 23 82

Email-Adresse: vos-berlin@vos-fg.de

Sprechzeiten: Dienstag und Donnerstag
von 15.00 bis 18.00 Uhr

Postbankkonto Nr. **186 25 501** bei der
Postbank Köln, Bankleitzahl **370 100 50**

Spenden sind steuerlich absetzbar

Beratung in der Landesgeschäftsstelle Berlin:

Telefon/Fax: 030 - 2546 26 38

Montag und Donnerstag von 10.00 bis 18.00 Uhr

Dienstag, Mittwoch und Freitag von 12.00 bis 17.00 Uhr

Redaktion und Satz: Alexander Richter

Redaktionsanschrift: Postfach 1202, 48 270 Emsdetten

eMail: troia-x@first-minute-buecher.de,

redaktion@vos-fg.de Fax: 02572 84782

Bitte nur deutlich lesbare Beiträge schicken. Bitte auch bei eMails und Fax-Schreiben **den Absender nicht vergessen**, sonst ist **keine Abnahme** vom Server gewährleistet

Druck: Druckerei Mike Rockstroh, Aue (Sachsen),
Schneeberger Str. 91

Die mit Namen gekennzeichneten Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion oder des Herausgebers dar. Mit (FG) gekennzeichnete Beiträge sind zum Nachdruck mit Quellenangabe frei. Beleg erbeten. Für unverlangt eingesandte Manuskripte keine Gewähr. Jedes Mitglied der VOS ist durch den Mitgliedsbeitrag gleichzeitig Bezieher der „Freiheitsglocke“.

Beiträge:

- | | |
|--|---------|
| 1. Aufnahmegebühr | 2,60 € |
| 2. Jahresbeitrag, einschl. Freiheitsglocke | |
| - alte Bundesländer | 45,00 € |
| - neue Bundesländer | 40,00 € |
| 3. Jahresbeitrag für Ehepartner | 15,00 € |
| 4. Jahresbeitrag ABO Freiheitsglocke | 24,00 € |

Internetseiten der VOS und Links unter

www.vos-fg.de

VOS u. BSV Sachsen-Anhalt siehe vos-fg.de

Die nächste Ausgabe (667) erscheint: Mai 2008

Redaktionsschluss der FG-Ausgabe 666 18. April 2008